

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheinung wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Einzelheftpreis die Ausgabe. Colonietheile für Arbeitslose 75 Pf., Geschäfts- und Privatangehörige 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 585. Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Aktuelle Anzeigen-Nachweise „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 30.

Duisburg, den 26. Juli 1919.

20. Jahrgang

Die deutsche Verfassung.

Die im Januar 1919 gewählte Deutsche Nationalversammlung hat in erster Linie die Aufgabe, dem deutschen Volke und Reich eine neue Verfassung zu geben. Die Regierung hat denn auch einen Verfassungsentwurf vorgelegt, der in einem besonderen 8. Ausschuss gründlich beraten und ausgearbeitet worden ist. Das der Volksversammlung vorgelegte Verfassungswerk einschließlich der Grundrechte des deutschen Volkes umfasst 178 Artikel. Die zweite Lesung der so umgearbeiteten Vorlage begann am 2. Juli und ist am 10. Juli in ihrem ersten Teile durch beraten worden. In der dazu gegebenen einleitenden Rede sprach der Vorsitzende des Verfassungsausschusses fest, daß am Ausbau des vorliegenden Entwurfs alle Parteien mitgewirkt hätten, so daß es sich nicht etwa um die Arbeit einer Partei oder der Mehrheitsparteien handele. Im Ausschuss war das Streben nach einer Verständigung und Einigung so groß, daß nur wenige, allerdings sehr tiefgehende Differenzpunkte in die Erscheinung traten und durch Abstimmung entschieden werden mußten.

Das strittige Problem des Einheitsstaates ist nicht gelöst worden; es ist ein Mittelweg zwischen Föderalismus und Unitarismus gewählt worden. Die Zentralgewalt des Reiches wird in verschiedenen und wichtigen Angelegenheiten des Staatslebens verstärkt, den Einzelstaaten oder Ländern aber bleibt eine entsprechende Mitwirkung gesichert. In ihren besonderen Angelegenheiten haben sie die selbständige Verwaltung und Gesetzgebung weiterhin. Der Schwerpunkt der politischen Entscheidungen liegt in Zukunft nicht mehr beim Bundesrat, sondern bei der durch die Nationalversammlung bestellten Reichsregierung und beim Reichsrat. Die Einheit wird durchgeführt beim Wehrwesen, der Post- und der Eisenbahn, den Wasserstraßen und bei den Reichsabgaben. Für gewisse Reichsgebiete hat das Reich die ausschließliche Gesetzgebung, z. B. die über die Staatsangehörigkeit, die Freizügigkeit, das Münz- und Zollwesen. Außerdem kommen für die Reichsgesetzgebung in Betracht: das bürgerliche Recht und das Strafrecht, das Postwesen und die Fremdenpolizei, das Vereins- und Versammlungswesen, das Arbeiterrecht und die Sozialpolitik, große Teile des Wohlfahrts- und Versicherungswesens, die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen, das Gewerbewesen und den Bergbau, das Theater- und Schauspielwesen.

Über die Staatsform sind in der Nationalversammlung größere Gegensätze nicht herorgetreten. Die Revolution hat die Monarchien beseitigt, und an deren Stelle Republiken gesetzt. Alle Parteien haben sich allgemein mit der gegebenen Tatsache abgefunden. Dabei haben auch Anhänger der Monarchie zugegeben, daß bei rechtzeitiger Durchführung von Reformen auf politischem Gebiete, durch eine entsprechende Demokratisierung unserer Staatsverwaltung vielleicht die Monarchie zu retten gewesen wäre.

Nun lautet Artikel 1 der Reichsverfassung: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Mit 211 gegen 89 Stimmen bekräftigte die Volksversammlung am 3. Juli den auf die Reichsfarben bezüglichen Beschluß des Ausschusses: Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Es sind das die Farben des alten Deutschen Reiches, die auch im Hinblick auf Deutsch-Oesterreich gewählt worden sind. Um die überall bekannte deutsche Handelsflagge nach wie vor in Erscheinung treten zu lassen, ist dem Artikel 3 noch zugefügt worden: „Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit einer Spitze in schwarz-rot-gold in der oberen inneren Ecke.“

Auf den vom Reich nicht in Anspruch genommenen Rechtsgebieten haben die Länder das Gesetzgebungs- und Verwaltungsrecht. In ihrem Schutze ist unter anderem in Artikel 7 bestimmt: „Nimmt das Reich Abgaben oder sonstige Einnahmen in Anspruch, die bisher den Ländern zugeflossen sind, so hat es auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen. Artikel 16 enthält Schutzbestimmungen zugunsten der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Bei der heimischen Verwaltung, bei den Eisenbahnen und Posten sollen Landesangehörige in erster Linie verwendet werden. Arbeiter und Beamte der Reichsverwaltung sind auf ihren Wunsch in den Heimatgebieten zu verwenden. Hiergegen ist den einzelnen Ländern die Auflage gemacht, daß sie eine freistaatliche Verfassung und eine in allgemeiner, unmittelbarer und geheimer Wahl g e m e i n s a m m e l n g b e z u g t e n g e h a b e n m ü s s e n. Bei den Wahlen sind die Grundsätze der Verhältniswahl anzuwenden.“

Bei den Beratungen am 4. Juli kam der Abschnitt Reichstag zur Behandlung. Der Artikel 20: „Der Reichstag besteht aus den Abgeordneten des deutschen Volkes.“ Er wurde unverändert angenommen. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Strittig war die Frage, ob der Reichstag für die Dauer von drei oder fünf Jahren gewählt werden sollte. Für die längere Zeit von fünf Jahren sprachen die Rücksichten auf die Wähler wie auch auf die Gewählten. Infolge der Demokratisierung der Reichs-, Staats-, Kreis- und Gemeindeverwaltungen werden die Wahlberechtigten sehr oft in Anspruch genommen. Dazu kommt der Volkseinstieg in einer Reihe von wichtigen Fragen. Es erschien deshalb angezeigt, die Wahl-

periode wie bisher auf fünf Jahre zu setzen. Dadurch wird es auch den neugewählten Abgeordneten möglich, sich einzuarbeiten. Im Reichsparlament tätig zu sein, ist keine so einfache Sache. Nicht bloß Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Fragen ist zu einer ersprießlichen Tätigkeit nötig, sondern auch die Kenntnis des Etats, der Geschäftsordnung und der Geschäftsordnung in den Ausschüssen und in der Volksversammlung ist hierzu erforderlich. In namentlicher Abstimmung entschied sich deshalb die Mehrheit der Nationalversammlung für die fünfjährige Wahl- und Reichstagsdauer.

Die übrigen, auf den Reichstag und seine Einrichtungen bezüglichen Artikel wurden im wesentlichen in der Ausschussfassung angenommen. Eine längere Erörterung verursachte nur der Artikel 35 über die Bestellung eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Wenn das deutsche Volk so wenig Kenntnis über die Verhältnisse im Ausland und über die deutsche Auslandspolitik hatte, so lag es daran, daß die alte deutsche Regierung auch dem Reichstag gegenüber entsprechende Auskünfte darüber verweigert hat. Das soll nun anders werden, leider viel zu spät.

Der dritte Abschnitt handelt vom Reichspräsidenten, seiner Bestellung, Rechten und Pflichten. Der Reichspräsident wird vom deutschen Volke gewählt. Wählen können alle 20 Jahre alten Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts. Das Amt des Präsidenten dauert sieben Jahre. Der Reichspräsident vertritt das Reich völkerrechtlich und hat den Oberbefehl über die Wehrmacht des Reiches; er ernennt die Beamten und Offiziere. Unter Umständen kann der Präsident von der Nationalversammlung abgesetzt bzw. vor einem Staatsgerichtshof angeklagt werden.

Im weiteren regelt der Verfassungsentwurf die Vertretung der Länder durch den Reichsrat, und bestimmt die Formen, unter welchen die Gesetze zu erlassen sind. E. S.

Arbeitgeberpflichten.

Wir haben oft genug den Unternehmern ihre Pflichten als Arbeitgeber vorgehalten; Pflichten, die leider im Allgemeinen nur zu schlecht erfüllt wurden. Daß die Arbeiterschaft ihre Pflicht voll und ganz erfüllt, dafür sind wir stets eingetreten, denn nur der kann Rechte verlangen, der auch seiner Pflichten sich voll und ganz bewußt ist und sie zu erfüllen strebt. Im neuen Deutschland haben sich nun die Arbeitgeberpflichten verschoben, denn die Umwälzung hat die Arbeiter selbst in hohem Maße zu Arbeitgebern gemacht. Es ist nun sehr interessant, was das sozialdemokratische Zentralorgan „Der Vorwärts“, über die Arbeitgeberpflichten der Arbeiter sagt. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Der größte Arbeitgeber, der Hunderttausende beschäftigt, ist das Volk selbst, der Staat, in dem die Arbeiterschaft heute ausschlaggebende Bedeutung hat. Daneben haben die Gemeinden mit den kommunalwirtschaftlichen und noch zu kommunalwirtschaftlichen Betrieben eine Armee von Menschenträften in ihren Diensten. Und all diese Kräfte arbeiten nicht für privaten Kapitalgewinn, sondern lediglich für den notwendigen Tagesbedarf ihrer Volksgenossen, sei es in der Verwaltung, sei es in der Produktion. Soweit ihre Löhne und Gehälter nicht aus Betriebsmitteln Deckung finden, müssen sie von den Volksgenossen aus Steuern abgedeckt werden. Das hat zur Folge, daß ihre Lebenshaltung nicht so von der Prosperität des Geschäfts, von der guten oder schlechten Konjunktur abhängig ist als bei dem Industriearbeiter. Arbeitslosigkeit, Aussetzen mit Lohnverlusten sind ihnen in der Regel unbekannt. Dafür haben sie freilich auch nicht jene Bewegungsfreiheit in der Ausübung der Konjunktur, wie der Arbeiter im freien Wettbewerb. Abgesehen von der Rücksicht auf die — meist vorhandene — Lebensstellung verbietet ihnen das eigene Verantwortungsgewissen, ihrem „Arbeitgeber“, dem Volksgenossen, einmal plötzlich so „den Bittel vor die Füße zu werfen“, wie es etwa der ohne Kündigung und Bindung angestellte Maurergeselle tun dürfte, denn all solche Pflöckchen würden ja nicht einen einzelnen, sondern eben die Volksmenge bitter treffen. Die billürliche Einstellung der Lebensmittelverteilung, des Transports, Verkehrs, der Licht- und Wassererzeugung, der Anstaltsversorgung der Kranken, der Abwasserbeseitigung, der Brennstoferzeugung u. a. m. kann an den einzelnen Orten direkt verheerende Folgen haben. Solche Fälle können deshalb auch meistens immer nur das letzte, das allerletzte Mittel sein, wenn wirklich „der Gedrückte nirgendwo Recht kann finden“. Das aber dürfte im sozialen Staat eigentlich nie eintreten. Gegenseitiges Verstehen des Möglichen müßte hier leicht sein.“

Abel verpflichtet, aber nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern in erster Linie auch den Arbeitgeber, hier das Volk selbst. Wo wie hier die Lebensnotwendigkeit des Betriebes für die Allgemeinheit den Arbeitnehmer, wenigstens moralisch, in seiner Entscheidungsfreiheit einschränkt, hat der Arbeitgeber Staat oder Gemeinde doppelt die Pflicht, darüber zu wachen, daß jeder der bei ihm Beschäftigten die Möglichkeit

zum Leben hat. Er muß verhindern, daß es in dem Meer von Angestellten neben einigen glänzenden Einflüssen in die Tiefe Gruppen gibt, die aus den Sorgen nicht herauskommen. Will man Explosionen verhindern, gilt es den Brandstoff zu beseitigen.

Die im öffentlichen Dienst vielfach noch vorhandenen trassen Einkommensunterschiede sind eine überkommene Schwäche der alten Verwaltung, die ja nicht von heute auf morgen zu beseitigen ist, die aber die an Arbeitgeberinfluß verstärkte Arbeiterschaft allmählich abbauen muß.

Bei der überfüllenden Fülle der neuen Aufgaben vermag auch die beste Leitung nicht so schnell in alle verborgenen Tiefen des Systems einzudringen. Hier können unsere parlamentarischen Körperschaften praktische nutzbringende Arbeit leisten, indem sie überall einzelne ihrer Mitglieder beauftragen und von den maßgebenden Behörden die erforderlichen Unterlagen erzwingen, um „von Amiswegen“ die Arbeits- und Einkommensverhältnisse aller Beschäftigten zu prüfen und nicht erst, wenn sie endlich in ihrer Verzweiflung eine durch die Entwicklung unbeachtet zurückgelassene Kategorie recht lebhaft meldet. Unsere parlamentarischen Vertreter müssen immer das gute Gewissen haben, daß für alle ihrer Obhut unterstellten „Arbeiter des Volkes“ so gut gesorgt ist, als es die Verhältnisse und das allgemeine Niveau zulassen.

Für die Ausbesserung wirklich schlecht gestellter Kräfte wird stets die öffentliche Meinung zu haben sein. Um dieser aber ein Urteil zu ermöglichen, ist jederzeit eine objektive Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse (Lohn-, Lebenshaltung, Steuern) der umstrittenen Kreise erforderlich, eine Vergleichsmöglichkeit mit der allgemeinen Lebenshaltung, die das Publikum gerade bei den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen schwer vermisst. Ohne solchen Einblick ist der Öffentlichkeit ein Urteil unmöglich. Willkürlich herausgerissene Bruchstücke höchster oder niedriger Einkommens können freilich nicht genügen. Laufend aber sollten diesen Einblick sich die verantwortlichen Vertreter des Arbeitgebers wohl verschaffen. Abel verpflichtet und Vertrauen gleichermaßen.“

Das sind bittere Wahrheiten, die der „Vorwärts“ der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sagt — die christliche Arbeiterschaft hat voll und ganz ihre Pflichten gegen das Volksganze erfüllt und wird sie erfüllen — aber es sind auch bitterere Wahrheiten für den „Vorwärts“ selbst. Wer soviel Brandstoff durch die blindeste Agitation aufgehäuft hat, wie es der „Vorwärts“ durch Jahrzehnte unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft getan hat, der braucht sich nicht zu wundern, wenn heftige Explosionen folgen. Wer die Arbeiterschaft durch Generationen in Materialismus erzogen hat, darf nicht verwundert dastehen, wenn die Arbeiterschaft ihre Konsequenzen zieht. Das Wort des Soziald. Cohen-Reuß: „Wir haben zuviel versprochen“, gibt den Schlüssel zu den Streits und Putzchen, die wir in endloser Reihenfolge dahergestellt sehen und die das deutsche Vaterland ruinieren.

Wer Pflichten lehren will, muß an die Opferwilligkeit, Opferbereitschaft und den Idealismus einer Klasse appellieren und darf nicht die niedrigsten Instanzen zum Hauptangelpunkt seiner Agitation machen, wie es die Sozialdemokratie getan hat. Im Interesse der deutschen Arbeiterschaft und des Volksganzes wünschen auch wir, daß die Worte des „Vorwärts“ überhallt bei der gesamten deutschen Arbeiterschaft finden möge.

Kalkulation.

Jeder Gegenstand, den wir fabrizieren oder anfertigen, erfordert Material- und Lohnkosten. Diese beiden Kosten nennt man zusammen mit den Geschäftsunkosten, die Herstellungskosten. Geschäftsunkosten nennt man: Werkstattmiete, Beleuchtung, Heizung, Verzinsung des Anlagekapitals, Gewerbesteuern, Versicherungen, Schreibmaterialien, Porto, Fracht, Telefon, Kraftkosten für Maschinen und Motoren, Schreibhilfe usw. Die Geschäftsunkosten werden meistens durch einen von Zeit zu Zeit festgesetzten Prozentsatz von den Lohnkosten in Rechnung gebracht.

Die Höhe der drei Arten von Kosten werden durch die Kalkulation ermittelt. Das Resultat dieser drei Kosten nennt man die Selbstkosten. Die Kalkulation teilt man ein in Vorkalkulation und Nachkalkulation. Die Vorkalkulation bestimmt im Voraus die Material-, Lohn- und Geschäftsunkosten. Nach fertiggestellter Arbeit wird durch die Nachkalkulation geprüft, wie hoch in Wirklichkeit diese drei Kosten geworden sind. Durch die Nachkalkulation wird gewissermaßen festgestellt, ob die Vorkalkulation richtig war oder nicht. Die Nachkalkulation kann die Herstellung einer Ware oder eines Gegenstandes, für die Folge wesentlich beeinflussen. Das Resultat der Nachkalkulation nennt man die Produktivkalkulation. Schlägt man nun zu den obengenannten Selbstkosten noch den Gewinn, den jedes Unternehmen abwerfen soll, so erhält man den Verkaufs- oder Versandpreis — die Verkaufskalkulation. Jedes Geschäft oder Unternehmen, das Rohstoffe, Materialien usw. bezieht

und verarbeitet, kann auch eine Bezugsalkulation nicht entbehren. Das ist in kurzen Zügen das, was ich allgemein über Alkulation sagen will.

Zum besseren Verständnis des Gesagten diene die folgende Aufstellung. Es betragen:

| | |
|--|----------|
| 1. Materialkosten | 20,00 M. |
| 2. Lohnkosten | 15,00 M. |
| 3. Geschäftskosten (40 Proz. der Lohnkosten) | 6,00 M. |
| 4. Die Selbstkosten | 41,00 M. |

Das Unternehmen soll einen Verdienst von 25 Proz. abwerfen:

| | |
|-----------------------------------|----------|
| 4. Die Selbstkosten betragen | 41,00 M. |
| 5. 25 Proz. Verdienst | 10,25 M. |
| 6. Der Verkaufspreis beträgt dann | 51,25 M. |

Auch für diesen Vorgang im gewerblichen und geschäftlichen Leben muß der Arbeiter und besonders der Handwerker, Interesse haben, besonders Interesse verlangt vor allem die sogenannte Vorkalkulation, weil durch sie der Lohn- und Stuhlpreis für unsere Arbeit festgesetzt wird.

Über die Vorkalkulation in Maschinenfabriken etwas zu sagen, soll einem späteren Artikel vorbehalten bleiben.

Der soziald. Gewerkschaftskongreß zu Nürnberg.

Vom 30. Juni bis 5. Juli tagte in Nürnberg der 10. Kongreß der sozialdemokratischen Gewerkschaften, in dessen Mittelpunkt die Erörterung über die Politik stand, welche die sozialdemokratischen Gewerkschaften seit dem 14. August 1914 befolgten und welche von der Opposition heftig angegriffen wurden. Kurz gesagt, es sollte der Kampf um die Gewerkschaften ausgedehnt werden. Trotz des reichhaltigen Programms und einiger gründlicher Referate konnte von einer intensiven gewerkschaftlichen Arbeit auf diesem Kongreß bisher im allgemeinen wohl kaum eine Rede sein.

Die Spaltung der politischen Sozialdemokratie hat naturgemäß die mit der Partei eng verflochtenen „freien“ Gewerkschaften in den Strudel der leidenschaftlichen Brüderkämpfe hineingezogen. Während die Leitung der sozialdemokratischen Gewerkschaften unter Billigung der Mehrheit der Mitglieder die Politik der Mehrheitssozialdemokratie stützen, oder besser gesagt: ausföhlgebend beeinflussen, machen die radikalen Sozialdemokraten krampfweise Versuche, die Gewerkschaftsbürokratie — wie das neue Schlagwort heißt — zu stürzen und die Gewerkschaftsmassen ins radikale Fahrwasser zu ziehen. Die Mäglichkeit der Radikalen hat in vielen Berufsverbänden immer mehr an Boden gewonnen; ja, in einigen wichtigen Gruppen, z. B. in der Metallindustrie, ist aus der anfänglichen Minderheit bereits eine Mehrheit geworden.

Auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß ist es den Radikalen noch nicht gelungen, eine Mehrheit zu gewinnen. Eine Vertrauensresolution für die Generalkommission der freien Gewerkschaften wurde mit großer Mehrheit angenommen. Dafür stimmten 445 Delegierte, dagegen 179. Das Mehrheitsverhältnis verhält sich jedoch zugunsten der Radikalen, wenn die Zahl der vertretenen Mitglieder zur Grunde gelegt wird. Dann ergibt sich folgendes Bild: Von den insgesamt vertretenen 4791 154 Mitgliedern gehören zur Mehrheitsgruppe 3 307 335, zur Opposition 1483 719 Mitglieder. Die Opposition steht mithin wie 5 zu 11.

Bemerkenswert ist dabei, daß vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband 53 für und 64 gegen die Generalkommission gestimmt haben, ein Zeichen, daß im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die radikalen Elemente sehr stark zugewonnen haben und dabei zu sein scheinen, das Best in die Hand zu bekommen.

Zu den einzelnen Referaten sprachen Korreferenten, die die Oppositionsmeinung in den kräftigsten Tönen zum Ausdruck brachten. Den schärfsten Widerspruch erfuhr der Redenschaftsbericht der Generalkommission, welcher von Begien erlautet wurde. Zu diesem Referat lagen nicht weniger als 41 Vorlesungen vor. Die Debatte dauerte annähernd 2 Tage. Ein anderes Referat über die Arbeitsgemeinschaft, die von der Generalkommission als das Ergebnis praktischer Gewerkschaftsarbeit gefeiert wurde, lieferte der Opposition Wasser auf ihre Mühlen. Insbesondere wurde die paritätische Befegung, sowie die Teilnahme christlicher Arbeitervertreter an den Schlichtungsausschüssen scharf kritisiert. Umreißt-Verlin stellt in seinem Referat über die Sozialisierung der Industrie fest, daß zwar die sozialistische Wirtschaftsmethode der einzige gangbare Weg zu besseren Verhältnissen sei, die Hilfe und Mitarbeit der Unternehmer aber, von heute auf morgen noch nicht entbehrt werden könne, da in Kreisen der Arbeiter die zur Fortführung der Betriebe notwendige Intelligenz augenblicklich noch nicht vorhanden sei. Cohen-Berlin hielt es für die katastrophalste Stunde der Arbeiterkraft, wenn heute die Betriebe den Arbeitnehmern zur Verfügung gestellt würden. Müller-Reichmann-Berlin behauptete in seinen anschließenden Ausführungen, daß in den Reihen der revolutionären Arbeiterkraft die zur Sozialisierung nötigen, geistigen Kräfte zur Verfügung ständen und der Tag der Radikal-Sozialisierung sei der größte Tag der revolutionären Arbeiterkraft, den diese auch sündlich erwartete.

Ganz eigenartig berührte es, als der, den christlichen Metallarbeitern „räuhmlichst“ bekannte Borchlöcher-Stuttgart über den Terrorismus der USF-Leute gegen die Mehrheitssozialisten einige Anekdöten erzählte. Wie heißt doch das schöne Sprichwort: Was Du nicht willst, das mach Dir tu. Auch Begien sagte in seinem Redenschaftsbericht, man möchte sich schämen, daß es Arbeiter gibt, die andere Arbeiter ihrer Gefährdung wegen terrorisieren. Treffliche Worte aus dem Munde eines sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers, die sich hoffentlich die Herren Borchlöcher e tutti quanti sehr merken und befolgen mögen.

Die gemäßigte Richtung hat in Nürnberg zwar eine beträchtliche Mehrheit auf sich vereinigt, aber darüber ist sich kein Kenner der sozialistischen Arbeiterbewegung im Unklaren, daß die radikale Zerstückelung in den freien Gewerkschaften bewerkstelligte Fortschritte gemacht hat und noch weiter machen

wird. Es ist das Verhängnis der Gewerkschaften, daß das Schicksal der politischen Sozialdemokratie auch das Schicksal der sozialdemokratischen Gewerkschaften sein muß. In der Begründung mit der Partei liegt ihre Stärke, aber auch ihre Schwäche. Und die Spaltung der Gewerkschaften ist unvermeidlich, wenn sie nicht völlig ins radikale Fahrwasser hinübersejelt wollen. Wann diese Spaltung eintreten wird, ist für den radikalen Flügel eine Frage der Taktik. Die Radikalen stellen in den Gewerkschaften, weil sie hier ihre Wähler und Geharbert mit größerem Erfolg betreiben können, als wenn sie eine radikale Sonderbewegung ins Leben rufen würden. Sie erhoffen in nicht allzu ferner Zeit die Mehrheit zu bekommen und wenn sie dieses Ziel erreicht haben, ist die Spaltung da, denn dann wird die zur Minderheit gewordene gemäßigte Richtung dem Terror der Radikalen erliegen oder sich abtrennen müssen.

Die Gefahren dieser voraussichtlichen Entwicklung werden von den heutigen Mehrheitsführern der Gewerkschaften keineswegs verkannt oder unterschätzt. Man sucht ihnen auszuweichen durch die Proklamierung der politischen Neutralität der Gewerkschaften. In einer von Janßon eingebrachten Resolution heißt es im Kernsatz:

„Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftskongreß stellt sich daher genötigt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen.“

Diese Resolution ist nach mehreren Seiten hin sehr bemerkenswert. Zunächst enthält sie indirekt das Eingeständnis, daß die freien Gewerkschaften bisher nicht neutral waren, die immer wiederkehrenden Behauptungen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsagitatoren also ausgelegter Schwindel waren.

Auch in Zukunft dürfte trotz aller „Resolutionen“ die „Neutralität“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften nur ein Wort sein. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften stehen auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung, und damit stets im engsten Zusammenhang mit der Sozialdemokratie. Wenn auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften jetzt aus taktischen Gründen etwas abirren von dem dreigespaltenen Gestirn, Mehrheit, U. S., Spartakus; innerlich gehören sie zusammen. Daran ändert keine Resolution etwas.

Der Kampf um die Gewerkschaften, der jetzt geführt wird, ist eine Frucht derjenigen, die zuerst den Weltanschauungskampf in die Reihen der Arbeiterkraft hineingetragen haben und sie dadurch zersplittern. Diese Tat rächt sich jetzt an den sozialdemokratischen Gewerkschaften selbst. Im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung wäre zu wünschen, daß die besonnenen Elemente im sozialdemokratischen Gewerkschaftslager die Oberhand behalten.

Der wahre Jakob.

Ein günstiger Stern läßt uns Einblicke tun in das Statut der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“ (Sitz Düsseldorf) — abgekürzt Udu. Sie ist sozialdemokratische kommunistischer Natur und absolut den Gewerkschaften gram, vermurrt, weil diese eine gesunde, arbeiterfördernde Politik betreiben. Die „Udu“ will die Gewerkschaften ersetzen; selbstverständlich, denn die Gewerkschaften sind nach der Ansicht der Udu-Menschen, verspießert, bürokratisiert, autoritär, absolutistisch; sie dagegen, die Udu-Menschen sind nach ihrer Meinung, die geborenen wahren Demokraten, (?) die einzig und allein die Arbeiterkraft den Weg des Heiles führen können. Die „Udu“ weiß natürlich, daß die Gewerkschaften sich durch intensive energische Arbeit für die Arbeiterrechte ein solches Fundament gelegt haben, das nicht leicht zu erschüttern ist. Da die „Udu“ nach der Seite des Kampfes für Arbeiterrechte aber auch nicht das geringste aufzuweisen hat, so versucht sie nach der anderen Seite hin den Gewerkschaften nahe zu kommen, nämlich in bezug auf billige Beiträge. Und da präsentiert sich denn die „Udu“ genau wie vormals die gelbe Bewegung, der Arbeiterkraft als der billige Jakob, der alle riesengroßen Aufgaben der Arbeiterkraft mit 1 Mark (in Buchstaben: eine Mark) Jahresbeitrag und 0,50 Pf. Wochenbeitrag lösen will. Warum auch nicht. In Worten hat ja der Sozialismus und sein Bruder Spartakus riesig viel gemacht, bloß mit den Taten war es niemals weit her.

Wir lassen einige „Prachtwörter“ aus dem Bulet des billigen Jakob folgen:

Die Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union bezweckt, sämtliche Hand- und Kopfarbeiter aller Berufe in eine einheitliche Union zu vereinigen, um das schädliche zersplitternde Gewerkschaftssystem zu beseitigen. Da die Allgemeine Arbeiter-Union eine rein wirtschaftliche und keine politische Vereinigung ist, so wird hier an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Religion Glauben und Gewissenssache eines jeden einzelnen Mitgliedes ist und werden Erörterungen darüber in den Versammlungen nicht gebuldet. Das Bestreben sämtlicher Mitglieder muß auf die Bessergestaltung ihrer wirtschaftlichen Lebenslage gerichtet sein, ein Interesse, welches bei jedem Mitgliede vorhanden, gleich welchen Glaubens es ist. In allen wirtschaftlichen Fragen und Verhandlungen sind die Betriebs-Arbeiterausschüsse die Vertreter der Arbeiterkraft. Wird den Betriebsausschüssen Schwierigkeiten entgegengebracht, so tritt der Union-Wirtschaftsrat in Aktion.

Das Eintrittsgeld in Höhe von 1.- Mark, welches am 1. Mai eines jeden Jahres neu erhoben wird, dient zur Bezahlung der Verwaltungskosten.

Der Beitrag für sämtliche Mitglieder beträgt 0,50 M. pro Woche. Die Beiträge werden verzinslich angelegt und bleiben Guthaben der Mitglieder. Die Zinsen finden Verwendung für wirtschaftliche Zwecke. Es kann jedoch den Mitgliedern aus wirtschaftlichen Gründen ein Verfügensrecht über die Guthaben solange sie der Union angehören, nicht eingeräumt werden.

Aus dem ganzen Programm der „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Union“ geht zur Genüge hervor, daß sie nichts anderes bezweckt, als die Gewerkschaften zu unterminieren und eine neue „bessere Arbeiter-Vertretung“ zu schaffen und alles

„for 1 Mark künzig“. Die Arbeiterkraft in ihrer Gesamtheit, wird hoffentlich die notwendigen Konsequenzen gegen die „Udu“ ziehen.

Was die sogenannte parteipolitische und religiöse Neutralität der „Udu“ anbelangt, so können wir hinlänglich Zeugnis ablegen. Was unsere Kollegen von diesem Zersplitterungsinstitut zu halten haben, dürfte ohne weiteres einzuleuchten. Die Parole der Einheitsorganisation aufzuwerfen, wo ausgerechnet die Sozialdemokratie den Weltanschauungskrieg in die Reihen der Arbeiterkraft getrieben und damit die größte Arbeiterzersetzung aller Zeiten geworden ist, zeugt doch davon, daß entweder die Udu-Menschen bis jetzt auf dem Wunde lebten oder auf die Dummheit derjenigen spekulieren, die nicht alle werden. Das letztere wird wohl bei der „Udu“ der Fall sein. Die Methode des billigen Jakob sagt genug und die Arbeiterkraft wird hoffentlich wissen, was sie vom billigen Jakob „Allgemeine deutsche Arbeiter-Union“ zu halten hat.

Streiflichter.

Folgen des Streiks.

Die Amerikaner sagen, daß sich Deutschland in einem Delirium tremens befinde und den Eindruck eines Tollhauses mache. Wenn man sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland ansieht, so wird man kaum daran zweifeln, den Amerikanern recht zu geben. Ein Streik folgt dem andern; warum gestreikt wird, wissen nur die paar Draufgänger, die sich in Berlin W. in Klubesseln herumwälzen und schwere Weine konsumieren und auf den Schultern der streikenden Arbeiterkraft gern die Regierungsschlinge ergreifen möchten. Die Folgen des Eisenbahnstreiks machen sich schon bemerkbar. Aus den vielen Beispielen wollen wir nur eins herausgreifen. Die hannoversche Maschinenbau A.G., vormals Eggestoff, welche etwa 7000 Beamte und Arbeiter beschäftigt, mußte wegen Kohlenmangel von Montag, 7. Juli, an die Arbeit einstellen.

Die Werke sehen überhaupt mit größter Besorgnis der kommenden Zeit entgegen, selbst dann, wenn das Wirtschaftsleben nicht durch leistungsfähige Streiks in verhängnisvoller Weise gestört wird. In früheren Zeiten wurde das Sommerhalbjahr mit seinem geringen Kohlenverbrauch benützt, um sich größere Vorräte für das kommende Winterhalbjahr anzufüllen, um gegen Unterbrechungen in der Kohlenzufuhr, wie sie durch Zufrieren des Kanals, durch Schneewehen usw., hier und da vorkommen, geschützt zu sein. Trotz aller Bemühungen ist es bisher keinem Werke gelungen, auch nur ein Kilogramm Kohle für den Winter anzufüllen. Es wird aus Mangel jeglichen Vorrates an Brennstoff nicht nur die harnoversche, sondern die gesamte deutsche Industrie im kommenden Herbst vor außerordentlich tief einschneidenden und anheerordentlich häufigen Betriebsstörungen stehen. Der leidtragende Teil wird das an sich zu Boden liegende deutsche Wirtschaftsleben und letzten Endes immer die deutsche Arbeiterkraft sein.

Bei dieser Schilderung der Verhältnisse, wie sie sich herausgebildet haben und durch den jetzigen Eisenbahnstreik verschärft werden, ist noch gar keine Rücksicht genommen auf die Folgen, die der unselige Friedensvertrag für die Kohlenversorgung Deutschlands mit sich bringt. Nach diesem Vertrag ist Deutschland verpflichtet, jährlich an die Länder Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg eine Kohlenmenge von etwa 42 Millionen Tonnen zu liefern. Die gesamte Kohlenförderung Deutschlands vor dem Kriege im Jahre 1913 belief sich auf insgesamt rund 175 Millionen Tonnen, von denen rund 95 Millionen Tonnen zur Ausfuhr benützt worden sind.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß diese zu liefernden Kohlenmengen aus den nach dem Friedensvertrage nur noch verbleibenden Kohlenbecken von Rheinland und Westfalen gestellt werden müssen, da die reichen Kohlengruben von Oberschlesien und dem Saargebiet dem Feinde zufallen, für uns also gar nicht mehr nutzbar und es sehr fraglich ist, ob Deutschland aus den im besetzten Gebiet liegenden Kohlengruben überhaupt eine Ausbeute bekommt, so stellt mit Sicherheit zu erwarten, daß Deutschland in der kommenden Zeit einer Kohlennot entgegentritt, von der man sich heute noch gar keine Vorstellung machen kann.

Gestern so, heute so.

In einem „Das Streikfleißer“ überschriebenen Artikel des Vorwärts (Nr. 345) lesen wir folgende Sätze:

„Wie ehemals die Hohenzollern von weltlichen Kreaturen, so wird jetzt die Volksmasse von politischen Demagogen umschmeichelt und ihr eine sofortige Besserung der Lebensbedingungen versprochen, sobald diese Masse auf den Leim tritt. Und diese noch völlig indifferenten Volksmassen glauben schließlich, durch Verweigerung ihres Dienstes eine rettende Tat zu vollbringen.“

Dem können wir in der Hauptsache zustimmen. Nur eines bleibt zu berücksichtigen: Nicht erst jetzt wird die Volksmasse von politischen Demagogen umschmeichelt. Das geschah auch früher schon und wie es heute der Fall ist, seitensamerweise fanden wir aber in den früheren Jahren die Demagogie fast ausschließlich in jener Partei, die jetzt in den oben zitierten Zeilen die Demagogie glaubt tadeln zu müssen. Es kommt uns nicht darauf an, ob jenes oder jenes zu erreichen, sondern nur darauf, daß wir Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann. Das sind Worte Babels. Die von der Partei ausgegebenen Schlagworte konnte man bis zur Unübersichtlichkeit in allen Versammlungen der sozialdemokratischen und Gewerkschaften vorgetragen hören. Dem herausgezogenen Durchschnittsagitator konnte die Lebensnahme dieser Schlagworte ja leicht sein, da ein eigenes selbständiges Denken ihnen noch keine Schwierigkeiten bereitet. Aber auch die übrigen Agitatoren der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaft konnte man in diesem Jargon vernehmen. Die Doktrin der Partei forderte eben die Radikalisierung der Massen, folglich sagten sie sich, und wer früher in den Versammlungen mit diesen sozialdemokratischen Demagogen sich herumschlagen mußte, der konnte sich leicht den Sekt holen. Christliche Gewerkschaftsführer, die in der christlichen Weise die Erziehung der Arbeiterkraft erstrebten, mußten sich von dieser tödlichen Demagogie oft in der niedrigsten Weise verdrängen lassen. Wenn heute alles brunter und bräber geht, wenn auch in der Arbeiterkraft der Materialismus sehr viel zu vernichten droht, wer trägt die Schuld. Die Phrasen und die Demagogie der Sozialdemokratie.

Erweiterter Schutz gegen Lohn- u. Gehaltspfändungen

Durch Verordnung vom 22. 6. 1919, die am 1. 7. 1919 in Kraft getreten ist, und bis längstens 31. 12. 1920 Geltung hat, ist die Grenze für die Pfändung von Lohn- und Gehaltsansprüchen abgeändert worden. Danach ist jedes Arbeitseinkommen bis zu 2000 Mark jährlich überhaupt und von dem darüber hinausgehenden Betrag noch ein Fünftel von der Pfändung befreit. Gut aber der Schuldner keinem Ehegatten, dem früheren Ehegatten, Verwandten, eheleichen oder unehelichen Kindern Unterhalt zu gewähren, so bleibt ein Betrag von 2500 Mark pfändfrei. Dieser unpfändbare Teil erhöht sich um ein weiteres Fünftel des Mehrbetrages für jede unterhaltsberechtigte Person; jedoch darf in diesem Falle der pfändfreie Teil sechs Fünftel des Mehrbetrages nicht übersteigen. Beispiele: Ein Junggesehler ohne unterhaltsberechtigten Angehörigen mit einem Arbeitseinkommen von 4000 M. jährlich behält außer dem Mindestbetrag von 2000 M. noch 400 M. (ein Fünftel des Mehrbetrages von 2000 M.), so daß also 1600 M. der Pfändung unterliegen. Ferner hat 5000 M. Einkommen und für Frau und vier Kinder zu sorgen; beschlagnahmefrei sind hier zunächst 2500 M. und von dem

Mehrbetrag für die Frau und vier Kinder je 150 M. (ein Drittel des Mehrbetrags) also insgesamt 750 M. Es verbleibt also noch ein pfindbarer Betrag von 1750 M. Der Pfinderbetrag ist aber oben feste Grenzen gezogen: sie betragen 4500 M. je nach dem der Schuldner unterhaltsberechtigter Angehörige in angemessener Weise hat oder nicht. Bei einem kinderlosen Witwer ist also z. B. der über 3000 M. hinausgehende Betrag in jedem Falle pfindbar, während beim Schuldner, der Unterhaltspflichten zu erfüllen hat, der Zugriff des Gläubigers auf den vollen Ueberrest erst mit 4500 M. beginnt. Nun können sich natürlich die Verhältnisse ändern, die für die Festsetzung des unpfindbaren Teiles maßgebend waren, z. B. der Schuldner verheiratet sich, ein Kind stirbt usw. Die Veränderung in der Pfindungsgrenze tritt hier von selbst ein; da aber für den Arbeitgeber lediglich der Pfindungsbeschluß maßgebend ist, so muß er beachtet werden. Das erfolgt durch die Beschränkung, die den Beschluß erlassen hat. Die Beschränkung muß unverzüglich veranlaßt, und der beschlossene Beschluß dem Arbeitgeber zugestellt werden, da bis zur Aufstellung der Pfindungsgrenze immer noch nach Maßgabe des alten Beschlusses an den Gläubiger zahlen darf.

Die besprochenen Vorschriften finden auch auf die Pfindung des Ruhegeldes der Personen Anwendung, die in einem privaten Arbeits- oder Dienstverhältnis gestanden haben. Die oben gegebenen Beispiele gelten also hier entsprechend.

Ferner sind — das sind wichtige Neuzugungen der Verordnung — die Rentenansprüche, die infolge einer todtvererblichen Vererbung des Körpers oder der Gesundheit gemäß Paragraph 843 BGB zuerkannt sind, und der Entscheidungsanpruch, der einem Handlungsgesellen nach den Paragraphen 74 und 74b des Handelsgesetzbuches für den Fall zufließt, daß er sich seinem Arbeitgeber gegenüber einem Wettbewerbsverbot unterworfen hat, nur noch im Rahmen der neuen Verordnung beschlagnahmefähig. Endlich sind auch noch die Rechte der Teilnehmer unter dem Schutz der Verordnung gestellt worden. Nach den bisherigen Bestimmungen konnten wegen der Unterhaltungsansprüche des Ehegatten, der Verwandten und, mit einer gewissen Einschränkung, der unehelichen Kinder Lohn- und Gehaltsverpflichtungen geltend gemacht werden (Par. 850 Abs. 4 E.P.O.). Die neue Verordnung verbietet nun diese sog. Kausalpändung wegen der Unterhaltungsansprüche, die während der Kriegsteilnahme entstanden sind. Lohn- und Gehaltsverpflichtungen sind also insoweit nur nach Maßgabe der neuen Verordnung pfindbar; dagegen unterliegen die Unterhaltsbeiträge, die aus der Zeit vor der Kriegsteilnahme stammen, und die Beiträge, die nach dieser Teilnahmeverordnung fällig werden, in ihrer ganzen Höhe dem Zugriff der Gläubiger. Uebrigens hat die Verordnung vom 22. 6. 1919 rückwirkende Kraft, d. h. hier: Pfindungsbeschlüsse, die vor dem 1. 7. 1919 zugestellt sind, können, entsprechend den dargelegten Bestimmungen, im Wege der Berichtigung des Beschlusses eingeschränkt werden. Dr. S.

6 Millionen Gulden zum Aktienkapital. Und dieses Angebot wurde angenommen. Das Grundstück umfaßt 400 Hektar, wovon aber nur die Hälfte in Benutzung genommen werden soll, während man die andere dem Staate überträgt. Für die Ausfuhr von Rohstoffen in ein geräumiger Fabrikfabrik entworfen, der durch einen Hafenanbau mit dem Nordsee-Kanal so in Verbindung gebracht wird, daß das Kosteisen direkt an die Hochöfen gebracht werden kann. Auch ist eine Bahnverbindung mit der Strecke Haarlem — Alkmaar in Aussicht genommen. Vorher war schon der Plan gefaßt, eine Stahlfabrik und ein Walzwerk in kleinerem Maßstabe zu bauen.

Auch wurde mit der „Niederländischen Staatseisenbahn“ von d. M. de Waard in Zeeburen vereinbart, ein derartiges Werk herzustellen. Ein belgisches Werk ist damit beauftragt, das zum Betriebe erforderlichen Kalkstein und Kalk zu liefern. Das Aktienkapital des Unternehmens beläuft sich auf 25 Millionen Gulden. Wie verläuft, soll übrigens auch die Firma Krupp in Essen größere Aufträge in Holland tätigt haben, um dort einen Teil ihres Betriebes zu verlegen, soweit er sich auf die Erzeugung von Kriegsmaterial bezieht.

Wir müssen mit unseren Produkten auf den Weltmarkt hinaus, sonst kann die deutsche Arbeiterschaft ihr Bündel schütten und auswandern. Nur Arbeit, intensive Arbeit, kann uns retten.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 27. Juli der 30. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juli bis 2. August fällig.

Die Ortsverwaltung Bussell und Call erhält die Genehmigung zur Erhebung eines weiteren Sozialzuschlages von 10 Pf.

Nichtbefolgung hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Verbandsgebiet

Freundschaft (Kreis Siegen.) Auch in unserem, ein wenig abseits von den eigentlichen Industriezentren des Siegerlandes gelegenen Städtchen hat der Organisationsgedanke seit einiger Zeit mächtig geschlagen. Dem Beispiel einer Anzahl wackerer Kollegen folgend, die in den letzten Jahren dem Organisationsgedanken die Wege geebnet, hat sich nunmehr, zu Erkenntnis ihrer allzu unhaltbaren Lage, die hiesige Metallarbeiter-Gewerkschaft fast reiflos unserem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Fast ähnlich liegen die Verhältnisse bei den anderen christlichen Berufsverbänden. Waren doch auch hier infolge des Fehlens der gewerkschaftlichen Organisation die Lohnverhältnisse bedauerlich zurückgeblieben, daß es eben keinen anderen Ausweg mehr gab. Bedenken ist denn auch in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit durch unseren Verband geschieden, um die Lohnverhältnisse einigermaßen mit der allgemeinen Löhnerhöhung in Einklang zu bringen. Das wird auch von den Kollegen und Kolleginnen allseitig anerkannt und gewürdigt. Am 22. Juni trat dann die hiesige Metallarbeiter-Gewerkschaft gemeinsam mit den anderen christlichen Berufsverbänden zum erstenmal mit einer großen Versammlung an die Öffentlichkeit; um einzutreten und Zeugnis abzulegen für die alten bewährten Grundsätze unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wohl mehr als 500 Personen hatten sich auf dem Schloßplatz versammelt und fanden die Darlegungen der Kollegen Schatz vom christlichen Metallarbeiterverband, Ahnlich vom Zentralverband christlicher Bauarbeiter, und Georg vom Verband christlicher Lederarbeiter die einstimmige Zustimmung aller Anwesenden. Sowohl der Wegweg der christlichen Gewerkschaftsbewegung, ihre unter den schwersten Kämpfen und Ueberwindung großer Widerstände erfolgte Entwicklung bis zur heutigen stattlichen Größe von rund 1000 000 Mitgliedern, wie ihre Stellung zu den Besitzern und den großen Aufgaben der Zukunft wurden auf jeder Seite hin gewürdigt. Die christlich-sozialen Ideen haben sich auch in den gegenwärtigen unruhigen Zeitverhältnissen befestigt bewährt. Nur mit der Durchdringung unseres gesamten Kultur- und Wirtschaftslebens mit diesen bewährten Grundsätzen des Christentums sei der Wiederaufbau unseres zerrütteten Vaterlandes möglich. Zu voller Ueberzeugung mit den Ausführungen der Referenten kam auch der geschlossene Wille der Versammlung zum Ausdruck, nach wie vor auch in der Zukunft entschieden und mit allem Nachdruck die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nur in enger Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Berufsverbänden als der alleinigen Interessensvertretung der Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen. Von Arbeitgebern und Behörden erwartet man aber auch volles Verständnis für die schwere Lage des Arbeiterstandes, was auf Grund einiger Vorkommen der letzten Zeit auch hier am Orte leider noch nicht immer der Fall ist, wo sich doch eine Firma beharrlich weigerte, den bei ihr beschäftigten Tiefbauarbeitern den festgesetzten Tariflohn zu zahlen. Die großen Leistungen der christlichen Berufsverbände auch hier im Siegerländer Wirtschaftskreis wurde voll und ganz anerkannt und den Vertretern derselben das vollste Vertrauen ausgesprochen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden zur weiteren Stärkung und Ausbau unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung und mit einem begeistert angenommenen Hoch auf dieselbe wurde die Veranstaltung geschlossen. Im Anschluß daran fand noch eine Aussprache über die auch hier ziemlich im Augenblicke liegende Lebensmittelversorgung statt. Auch hier zeigte sich der Wille, auf ordnungsmäßigen Wege mit den zuständigen Organen eine befriedigende Lösung dieser überaus schwierigen Frage herbeizuführen. — Und nun Kollegen und Kolleginnen von Freudenberg, mit den Worten die Daten folgen, zeigt euch als vollwertige christliche Gewerkschaftler, sorgt dafür, daß auch euer sündnes Städtchen nach wie vor eine Hochburg der christlichen Gewerkschaften bleibt.

Siegerland. Die hiesigen christlichen Gewerkschaftsverbände werden in den nächsten Wochen an 10 Orten des Wirtschaftsgebietes eine gemeinsame Unterichts- und Kursus veranstalten, wozu wir unsere Mitglieder auch von hier aus verweisen. In je 10 Beiträgen werden einschlägige gewerkschaftliche und wichtige wirtschaftspolitische Fragen behandelt werden. Als Redner sind dazu gewonnen die Herren Kollegen: Mauer-Siegen, Effert-Bechdorf, Sauer-Beklar, Braß und Juliana-Bechdorf, Madenhaupt-Bechdorf, Ahnlich-Siegen, Bonader-Eisenfeld, Haas-Siegen und Schmidt-Wissen. Die Kurse finden statt: In Siegen vom 29. Juli bis zum 30. September an jedem Dienstag-Nachmittag 6 Uhr bei Jung, Sandstr. 54. In Niederharden-Eisenfeld vom 30. Juli bis zum 1. Oktober an jedem Mittwoch-Nachmittag 6 Uhr bei Schmidhagen in Niederharden-Eisenfeld. In Weidenau-Beisewald vom 31. Juli bis zum 2. Oktober an jedem Donnerstag-Nachmittag 6 Uhr bei Klende (Brüngen Hof) in Weidenau. In Kreuztal-Eisenfeld vom 1. August bis zum 3. Oktober an jedem Freitag-Nachmittag 6 Uhr bei Becker in Kreuztal. In Bechdorf vom 2. August bis zum 4. Oktober an jedem Samstag-Nachmittag 6 Uhr bei Drabek. In Neukirchen vom 3. August bis zum 5. Oktober an jedem Sonntag-Nachmittag 1 Uhr bei Ernelmann. In Herdorf vom 3. August bis zum 5. Oktober an jedem Sonntag-Nachmittag 5 Uhr bei Clemens Latsch. In Kirchheim vom 4. August bis zum 6. Oktober an jedem Montag-Nachmittag 6 Uhr im Jägerheim. In Niederharden-Eisenfeld vom 5. August bis zum 7. Oktober an jedem Dienstag-Nachmittag 6 Uhr bei Schulte. In Wülfen vom 6. August bis zum 8. Oktober an jedem Mittwoch-Nachmittag 6 Uhr bei

Schefeld. Unsere führenden und vorwärtsstrebenden Mitglieder bitten wir dringlich, an dieser wichtigen Veranstaltung lebendigen Anteil zu nehmen. Auch die auswärtig wohnenden Mitglieder sollten sich nach Möglichkeit bestreben, an den Kursen teilzunehmen.

Sollingen. Am 19. Juni befaßte sich der Vorstand des Allgemeinen Ortsrates in Sollingen mit der Umstellung eines Krankenbesuchers, der nach einem früheren Beschluß des Vorstandes ein Kriegsbeschädigter sein sollte. Auf die Ausschreibung der Stelle in den Tageszeitungen meldeten sich nicht mehr wie 125 Bewerber. Ein aus vier Personen gebildeter Ausschuss stellte der Gesamtheit des Vorstandes 2 Bewerber zur engeren Wahl vor. Unter diesen befand sich ein Feldzugsteilnehmer und ein Kriegsbeschädigter, letzterer mit einem völlig unbrauchbaren Arm. Der Sprecher dieses engeren Ausschusses war der 2. Vorsitzende der Kasse, Herr Meyer, nach seinen Ausführungen selbst Mitglied der Bereinigung Kriegsbeschädigter. Von den beiden zur Wahl stehenden Personen konnte er nur das Beste berichten, verließte sich aber nachher mehr und mehr auf den Feldzugsteilnehmer, weil er ihn schon so lange persönlich kenne. Der Vorstand in seiner Gesamtheit konnte das Verhalten Meyers nicht verstehen und suchte ihn von seinem Standpunkt abzubringen, weil doch der Ruf der Deffentlichkeit, Kriegsbeschädigte überall da einzustellen, wo es sich nur immer möglich mache, ein Allgemeines sei. Der Redner der Christl. Gewerkschaften, Gewerkschaftssekretär Hennig, hatte schon mehreremale das sonderbare Verhalten des 2. Vorsitzenden gerügt, wie auch die Unternehmern wiederholt für den Kriegsbeschädigten eingetreten waren. Meyer in die Enge getrieben, machte nun ein Geständnis, das uns christlichen Gewerkschaftlern nicht sehr verwunderte, weil es uns in der Praxis schon mehr begegnet ist. Interessant ist es aber ganz gewiß, wie die Genossen bisher verfahren. Er sagte: „Meine Herren, ich will es Ihnen sagen, warum ich nicht für den Kriegsbeschädigten bin. Der andere ist mir schon lange als ein guter Genosse bekannt und mir wären dumm, wenn wir unsere Zeit nicht in die Stellen hineinträhten, wo wir die Macht dazu haben. Die moderne Arbeiterbewegung (soll heißen sozialistische) ist immer zurückgesetzt gewesen, sehr läßt sie sich das aber nicht mehr gefallen.“ Hier hatte Meyer, sonst ein recht schlaues zu Werke gehender Genosse, die Rage ganz aus dem Saute gelassen. Bei seinen Anhängern erregte diese „Dummheit“ Kopfschütteln und erregte Miensspiel. Die Abstimmung ergab, daß die Arbeitgeber mit dem Vertreter der Christl. Gewerkschaften und einem Genossen für den Kriegsbeschädigten waren und dadurch eine Mehrheit vorhanden war. Meyer machte nun noch einmal eine Dummheit, indem er erklärte, da nun eine Mehrheit für den Kriegsbeschädigten ist, wollen auch wir für ihn stimmen, obwohl die Abstimmung ja vorüber und an dem Resultat nichts mehr zu ändern war. Aus obigem ersehen wir, wie selbst die Kriegsbeschädigten, wenn sie nicht als fähigste Genossen bekannt sind, von Stellen ausgeschlossen werden, die ihnen von Rechtswegen zustehen. Gerade die sozialistische Presse macht allerorts großen Lärm, wenn sie erzählt, daß da und dort bei Beschädigten oder bei Unternehmern ein Kriegsbeschädigter nicht eingestellt wird. Aber Theorie und Praxis...

Sollingen. Die Forderungen in unserem Verbandsorgan Nr. 24, vom 14. Juni, betreffs Ueberfälle auf die Koalitionsfreiheit, Anhebung des Gewinns, Drohungen mit Profitoroschungen seitens der Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegen christlich und kirchlich-ökonomische Organisationen finden Befätigung in Nr. 25 vom 21. Juni der Metallarbeiterzeitung.

Nicht mit einem Worte werden die Forderungen verworfen, dennach also zugestimmt. An der Wahrheit ist ja auch nicht zu zweifeln. Sehr begrünndet ist aber für den Artikelverfasser R. W., daß er nicht ein Wort der Beurteilung dieser Ergebenheiten findet. Und das ist umso mehr am Plage gewesen, da R. W. zu einer Zeit nach Stuttgart abfuhr, um dort einer Aussprache der ersten Bevollmächtigten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes beizuwohnen, die der Vorstand dieses Verbandes laut „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 23 für erforderlich hält, „mit Rücksicht auf die derzeitigen Vorgänge im Verband (Wahregelung von Verbandsbeamten in verschiedenen Sozialunabhängigen wegen ihrer politischen Einstellung)“. Es muß also Ordnung im eigenen Hause geschaffen werden. Es muß sich herbeigehandelt werden, der der im Herbst stattfindenden Generalversammlung dieses Verbandes zur Verfügung steht, damit er nicht auseinander zerfällt. Die Gefahr ist sehr groß. Aber wenn schon Profitoroschungen im eigenen Lager Platz greift, Unabständigkeit vorherrscht, so ist auch dies ein Beweis mit, daß dann Jenen die Disziplinell gegen sozialdemokratische Arbeiter eine Unmöglichkeit ist. Hier ergiebt sich nun, was eine pandore Aufgabe für R. W. Statt dessen soll man das vorkriegszeitige Schimpfwortlegen der Sozialdemokratie heranzuziehen und weiter gehend zu wirken. Wir folgen nicht, greifen nicht heraus, daß wir im Januar und Februar bei der Lohnbewegung geschwiegen und die Arbeit dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband überlassen hatten. Ja, hat sich denn der Artikelverfasser in dieser Zeit auf dem Mond bewegt? R. W. heißt doch in diesem Falle nicht „Rann mehr“. Denn das wissen selbst die Mitglieder im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, wer die tatsächliche Führung bei der damaligen Lohnbewegung gehabt hat. R. W. hat in ein Wespenneß gefahren, bei dem ihn Uebel werden kann, wenn wir folgende Tatsachen feststellen:

Fangen wir an bei der öffentlichen Bergwerks A.-G. Da war es gerade R. W., der dem Vorstände der dortigen Direktion auf Verschleppung der Erhebung der Lohnfrage folgen wollte. Das Vordringens des Vertreters des christlichen Metallarbeiterverbandes bezweckte dieses Spiel und es war damit die so notwendige Sohlheuerung ins Rollen gekommen für die Metallarbeiter-Gewerkschaft, aber auch Tausende Markten gewonnen, die ihr bei einer Verschleppung verloren gegangen wären. Daß R. W. bei der Lohnbewegung damals gar das bescheiden Wohlgefallen eines Arbeitgebers fand, haben ihm selbst die eigenen Leute hart verurteilt. Und wie hochredend ein rotes Kommissionsmitglied bei Mannesmann die erbitterten Forderungen der Vertreter, als diesen gegenüber sich die Unterbehalten zur Wehr setzen? „Die jungen Leute wollen immer mehr verdienen, als die alten, um Geld zum Baden spielen zu haben.“ Mit solchen Dummheiten begründet man im christlichen Metallarbeiterverband seine Lohnforderungen. Das Aberläßt man den „starren“ Männern der Gegenseite.

Mit einem Beugnis aus sozialdemokratischen Munde schließen wir: „Dem christlichen Metallarbeiterverband und seinem Führer muß ich das Zeugnis ausstellen, daß er bei dieser Bewegung (Januar-Februar) auch vor der Direktion die Interessen der Arbeiterchaft recht wirksam vertreten hat.“

In Ermangelung anderer Dinge werden dann im beflagten Artikel dem christlichen Metallarbeiterverband und seinem verdienten Vorsitzenden Meyer alle Uebel der vergangenen Kriegszeit an die Rückgeschichte gelegt. An folgendes sei R. W. erinnert: Schon 1914 bald nach dem Falle Antwerpen forberte der „Courier“, das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, in mehreren Artikeln, Antwerpen müsse Deutschland einverleibt werden. Die sozialdemokratische „Waffen- und Arbeit“ in Köln forberte zu Anfang des Krieges: „Anfänger muß niedergebungen werden, es muß mit Kupfer blutige Wirkung vollzogen, das Antlitz Europas muß gründlich verändert werden.“ Dasselbe Blatt schrieb am 28. August 1914: „Die unbesiegbare Armee.“ Die Armee der russischen Barbaren hat uns das Schmetzen in die Hand gedrückt, was auch diesen Barbaren selber soll es ebenso beigetragen wer-

Gemeinheiten.

Jeder Deutsche, der noch einen Funken Ehrgefühl im Selbe hat, schaut mit Erschauern zu der Heldengestalt Hindenburgs empor, die in der schwersten Not und in den schwersten politischen Kämpfen treu zu seinem Vaterland stand und alles tat, um die Armees so gut es ging, nach Deutschland zurückzuführen. Da mag es nun ein elender Schreiberwicht im der „unabhängigen“ Freiheit folgende Schreierage vom Stapel zu lassen, die gleichermasse Blatt und Schreiber charakterisiert und zeigt, zu welcher Sorte beide gehören.

„Die Geschichte wird niemals einen Feldherrn nennen, der grausamer, bestialischer gehaßt hat als dieser Hindenburg. Sie wird ein vernünftiges Urteil über seine Grausamkeit und Unfähigkeit zugleich sprechen. Nur wo ihm der rückwärtslosste Masseneinsatz deutscher Proletarier, die unglauubliche Untüchtigkeit des deutschen Michels, der fleischgewordene Raubvergehorfam der Soldaten dem Gegner gegenüber augenblickliche Vorteile sicherte, gelang es dem „ruhmvollen Feldherrn“ seine Unfähigkeit mit „einem Siege“ zu bewähren. Seine Taktik, seine vielgerühmte Strategie war nichts anderes als Bluff, bewußte, gewissenlose Freveltörung des deutschen Volkes! Ein Militärautokrat vom reinsten Wasser, despotisch im Befehle der Macht, perfländig feig, wird dieser Mann an dem Urteile der Arbeiterklasse gemindert als ein geminderter Massenmörder, Übertroffen höchstens noch von Lubendorff. Erst kürzlich noch verkündete er der Welt, daß er lieber sterben, als schmachvoll unterliegen wolle, deshalb bitte er um Befreiung in den Ruhestand! Das charakterisiert den Helden. In den kommenden neuen Beschäftigten für die deutsche Schulpfugend wird man entweder diesen Mann ignorieren oder in seinem ganzen diabolischen Wesen schildern müssen. Die Ströme von Arbeiterblut, die dieser vorbildliche Tyrann auf dem Gewissen hat, ergießen sich in ein Meer von Glend und Jammer. Als ich am 9. November zum Soldatenrat gewählt wurde, war es meine erste Tat, die Bilder Hindenburgs und Lubendorffs aus der Kaserne entfernen zu lassen. Daran werde ich mich stets mit einem Gefühl unaussprechlicher Wonne erinnern.“

Das steht in der unabhängigen Freiheit, die dadurch dokumentiert, daß sie „unabhängig“ von dem elementarsten Ehr- und Dankbarkeitsgefühl ist. Und diesen Leuten, denen jedes Anstandsgefühl abgeht, wollen die Menschheit heiliger und in „Richte Regionen“ führen. Solche Gemeinheiten hängt man nur niedriger.

Politische Streiks.

Die allermeisten Streiks, die jetzt geschäft werden, sind rein politischer Natur. Wirtschaftliche Gründe werden nur vorgegeben, um die Dummheit ins Garn zu loden. Das bestätigte auch auf der Volksversammlung der Berliner Arbeiterkreise eine Rednerin, Fel. Übers, der kommunistischen Partei, die in bezug auf den Eisenbahnstreik ausführte: „Wenn die Eisenbahner, die früher so köhigstren waren, in Massen hinter den revolutionären Arbeiter stehen, so ist das mit Freuden als ein Zeichen der Zeit zu begrüßen. — Nicht von Sieg zu Sieg, sondern von Niederlage zu Niederlage schreitet die Revolution zum Ziel. Es wird gesagt, die Streikbewegung der Eisenbahner und Straßenbahner seien rein wirtschaftlich. Wachen wir uns doch nicht vor. In dieser höchpolitischen Zeit gibt es nichts rein Wirtschaftliches.“ (Stürmischer Beifall.)

Und für diese politischen Streiks läßt sich immer noch ein Teil der deutschen Arbeiterschaft einfangen und mißbrauchen. Aber es wird hoffentlich der Tag kommen, an dem auch diese Arbeiter die Augen aufgeben. Dann werden sie sehen, wozu diese Generalkreistreiber sie gebracht haben, nämlich zum eigenen Ruin und zum Zerfall des deutschen Wirtschaftslebens.

Von der Ausländischen Metallindustrie.

Los von der deutschen Industrie, das ist die Parole, mit der die Entente jetzt in der ganzen Welt haustieren geht. Deutschlands Industrie hat einen Teil seines Renommens als durchaus sichere, leistungsfähige Industrie infolge der vielen Streiks verloren. Das Ausland, das früher die Produkte von uns kaufte, sucht sie jetzt selbst herzustellen. Aus Holland wird berichtet, daß man dort mit der Errichtung von Hochöfen und Stahlfabriken immer mehr Ernst macht.

Aus dem jüngsten Jahresbericht der „Kon. Ned. Hoogovens en Stahlfabriken“ geht folgendes hervor: Zwei Komplexe kamen hauptsächlich für die Anlage der Betriebe in Betracht: der eine in der Gemeinde Belsen am Nordsee-Kanal, nächst Zmuden, der andere in der Nähe von Rotterdam. Da Amsterdam ein großes Interesse daran hat, die Werke in der Nähe zu haben, ja dort die Stadt eine Beteiligung von

den, wie ihren verbliebenen westlichen Bundesgenossen. Die sozialdemokratische Chemische Volkswirtschaft am 20. Mai 1918: Verhandlungen können nur stattfinden, wenn Frankreich anerkennt, daß die Entscheidung über die Frage nicht erörtert werden darf.

320 Arbeitstitel (?) hat der sozialdemokratische Verband vom Christlichen zu bezeichnen, so verändert S. M. irrtümlicherweise im Buchstaben, Rechtsabteil: Das beweist, wie nicht, zumal wir mit gleicher Zahl qualifizierten Können, nur nicht so abgerundet.

Zum Schluß noch ein Wort allen aufgeregten Gemütern in anderen Gewerkschaften über unsere Artikel. Wir schreiben sie nicht, um besonders hervorzuholen, daß die deutsche Metallarbeiterschaft verschiedene Wege geht. Das weiß nicht nur jedes gewerkschaftliche Kind, sondern erst recht das Arbeitergeheimnis.

Branchenbewegung.

Heizer und Maschinisten.

Witten. Einen tragikomischen Verlauf für die Einberufer nahm die am 24. Juni vom Heizer- und Heizerverband einberufene Betriebsversammlung der Kesselfabriken des Westfälischen Kohlenwerkes. In dieser Versammlung wollte sich genanntes Verbändchen von dem Vorstande unaufrichtiger Agitation reinwaschen, was ihm aber daneben gelungen ist.

Jugendbewegung.

Lehrlingsentlohnung.

Witten. Wenn auch entgegen dem erwachsenen und berechtigten Arbeiter bei den Lehrlingen die Lohnfrage nicht im Vordergrund stehen kann, so ist doch auch für den Lehrling die Frage der Entlohnung, so sehr sie durch die Lehrlinge in der Welt überwiegt, in der noch Lehrsatz bezahlt werden mußte, aber daß neben der Kost und Wohnung im Hause des Lehrherrn ein kleines Sonntagsgeld gewährt wurde.

Es wird, was angenommen sei, auch Firmen geben, die mit solchen Lehrlingsentlohnungen nicht mehr entlohnen, sondern die auch nach darüber hinaus gehen und durch besondere Auszeichnungen oder Arbeitsverdienste eine Steigerung des vorstehenden Entgelts herbeiführen.

Wäre Eltern deren vertriehene Klagen. In der Sache zu Ihren Minderen und deren Zukunft geben sie die Ehre in die Lehre, um nachher, wenn der Lehrvertrag unterzeichnet ist, wenn die Anforderungen der Kinder hinsichtlich Ernährung und Kleidung immer größer werden, sich durch die steigende Teuerung noch weiter in die Höhe schnellen zu erkennen, welche Würde die Lehrlinge sind. Diese Eltern haben zu ersehen, daß es sehr vielen Handwerkermeistern Verständnis und Wille zum Schutze aller Beteiligten.

Verständnis und Wille zur Besserung fehlt aber auch den in den handwerklichen Betrieben beschäftigten Gehilfen. Auch sie sehen mit blauen Augen dem Gang der Entwicklung zu. Standesbewußtsein und ein Ringen nach Besserung geht ihnen zum Teil ab. Während allerwärts der Tarifgebote marschiert, läßt sich hier im Kleinvertrieb nichts, um das, was in den Nachbarstädten im Tarifwesen geschaffen worden ist, in wirtschaftlichen nachzuahmen.

Von den süddeutschen jugendlichen Kollegen.

Münster. Die Jugendabteilung des Christl. Metallarbeiterverbandes Weingarten hielt am Freitag, den 6. Juli, im Gasthaus „Zum Kreuz“ ihre zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Jugendleiter Spindler eröffnete die Versammlung und begrüßte die so zahlreich erschienenen jüngeren Kollegen.

Beim dritten Punkt sprach Jugendleiter Spindler über das Aylrechtabkommen für die Metallindustrie in Württemberg, wozu er besonders die Neuregelung der Lehrverhältnisse in den Vordergrund stellte. Zum Schluß forderte Jugendleiter Spindler, die jungen Kollegen auf, sich als tüchtiges Mitglied in unserer Jugendabteilung (Weingarten) zu betätigen, um so der großen christlich-sozialen Arbeiterbewegung eine Stütze zu sein.

Auch an der Wasserfront vorwärts.

Hamburg. Gut Ding will Weile haben. Das trifft zweifellos auch auf die Hamburger Ortsgruppe zu. Nach jahrelangen Bemühungen einzelner Kollegen ist es gelungen, im „Revolutionskampf“ eine Jugendgruppe unseres Verbandes zu gründen. Die „Warmbeder“ sind es, die dieses Erfolg für sich buchen können. — Am 22. Juni fand eine gutbesuchte Jugendversammlung statt, in der Kollege Dögler referierte. Wer von den „Ältern“ diese Versammlung besuchte, mußte helle Freude haben von der geistigen Frische, die alle jugendlichen Teilnehmer besetzte.

gruppe zeigt, worauf es ankommt. Hat es während des Krieges geheißen: „Aushalten — Durchhalten!“ so gewinnen diese zwei Worte für uns heute viel mehr an Bedeutung. Jetzt heißt es festhalten in diesem Weltgewimmel an den Grundfesten des Christentums. Darum aus — und durchhalten im Kampfe gegen die russisch-bolschewistische Weltordnung!

Berichtungs-Kalender.

- Sonntag, den 26. Juli 1919.
Welfert-Neuberg. 7.30 Uhr P. B. Pöndorf.
Witten-Stadt. 7.30 Uhr Vertrauensmänner bei Wiedede.
Essen-Rettwig. Abends 7.30 Uhr Sektionsversammlung bei Buchmüller.
Essen-Straß. Abends 7 Uhr Sektionsversammlung b. Helhoff, Stühlinghausen.
Dortmund-Selm. Nachm. 2.30 Uhr im Sozial ABH.
Hagen i. W. 6 Uhr Quartals-Generalversammlung im Kaiseraal, Elberfelder Straße.
Witten-Drissverwaltung. Sämtliche Ortsgruppen treten um 8 Uhr bei Wiedede-Witten zum Festzuge und Teilnahme am Christl. Gewerkschaftsfeste an.

Montag, den 28. Juli 1919.

- Essen-Drissverwaltung. 6 Uhr wichtige Versammlung bei Postgänger für alle Essener Kollegen, die in Witten arbeiten.
Karlsruhe-Mühlberg. 8 Uhr in der Weiserhalle.
St. Elisabethen. 6 Uhr bei Hümann, Nordoberhausenerstr.
Dortmund. (Sektion der Maschinisten, Heizer, Eisenbahner.) 5,30 Uhr im goldenen Löwen, 1. Kampftr.

Sonntag, den 2. August 1919.

- Hendorf. 7 Uhr Konfordia, Mitgliederversammlung.
Schwintel. 8 Uhr bei Wöhlen in Sonnborn, Hauptstr.
Iserlohn. 1. Bezirk. bei Corbeslor, Fachschulplaz.
Iserlohn. 4. Bezirk. bei Reigen, Alexanderstraße 7,30 Uhr.
Essen. (Fachsektion der Fuß- und Wagenschmiede.) 7,30 Uhr bei Kühler, Brandstr.
Essen. (Fachsektion der Elektromonteur.) 7 Uhr im Gefellenhaus, Steelerstraße 36.
Dortmund. (Elektromonteur, Hauschlosser, Schmiede, Klempner und Installateure.) 8 Uhr im goldenen Löwen, 1. Kampftr.

Der moderne Metallarbeiter

Natgeber f. Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer. 5. Aufl. 400 S., geb. m. 1.50 Mk. u. 21 Tabellen. Von Otto Schwann. Dieses Werk ist jedes Metallarbeiters in den Stand, schnell und sicher die vorkommenden Berechnungen d. Räder an Drehbänken z. Gewaldberechnungen vornehmen zu können. Es enthält Festigkeitstheorie, Stahl und seine Verwendung, Berechnung der Tourenzahl, um tonlich zu drehen. Umrechnung v. Zoll in Millimeter, Frühen v. Zahnradern, Kurven u. Spiralen. Bestim. d. Pferdetraktoren u. vieles and. Wissenswertes. Geg. Einl. v. 6.25 M. (Nachh. 6.90 M.) Edm. Hermann. Ubi 34, Berlin, Friedrichstr. 51. (Postfach 298). — Im selb. Verlag: arithmet. Kalkulation im Maschinenbau u. mod. Arbeitmethoden. 288 S., 153 Abb. Gegen Einl. v. 6.25 M. (Nachnahme 6.90 M.)